

Marktgemeinde Engelhartstetten

Verhandlungsschrift

über die

ordentliche **S I T Z U N G** des **GEMEINDERATES**

am Donnerstag, den 27. April 2023

im Veranstaltungssaal Engelhartstetten

Beginn: 19.03 Uhr

Ende: 20.20 Uhr

Die Einladung erfolgte

am 21.04.2023 per E-Mail.

Anwesend waren:

- | | |
|----------------------|-----------------|
| 1. Bürgermeister | Reiter Josef |
| 2. Vizebürgermeister | Palka Christian |

die Mitglieder des Gemeinderates:

1. GGR Aberham Susanna
2. GGR Welleschitz Erich
3. GGR Prohaska Reinhart
4. GGR Zabadal Andreas
5. GGR Ferstl Alexander
6. GR Schlöger Robert
7. GR König Herbert
8. GR Sabeditsch Leopold
9. GR Ortner Gerda
10. GR Tomek Johannes
11. GR Proprenter Monika
12. GR Zabadal Marco
13. GR Königslehner Johanna
14. GR Hruschka Andreas
15. GR Ponecz Barbara

Außerdem anwesend waren:

Hederer Claudia als Schriftführerin

Entschuldigt abwesend waren:

1. GR Stiedl Walter
2. GR Ponecz Franz

Vorsitzender: Bürgermeister Josef Reiter

Die Sitzung war öffentlich.
Die Sitzung war beschlussfähig.

Tagesordnung

Pkt. 1:	Entscheidungen über Einwendungen gegen die Protokolle der Sitzungen vom 15.03.2023
Pkt. 2:	Genehmigung Darlehensverträge ABA BA-18 und WVA BA-13
Pkt. 3:	Ansuchen um Gebrauchserlaubnis
Pkt. 4:	Grundstücksangelegenheiten
Pkt. 5:	Pachtangelegenheiten
Pkt. 6:	k5 ELAK (Elektronischer Akt)
Pkt. 7:	Resolution zur Verkehrsentslastung der Region Marchfeld mit klimafreundlichen Verkehrsmitteln
Pkt. 8:	Subventionen
Pkt. 9:	Abbruch bestehender Gebäude für den Um- und Zubau der Volksschule - Auftragsvergaben
Pkt. 10:	Planungsarbeiten und Örtliche Bauaufsicht Um- und Zubau Volksschule - Auftragsvergaben
Pkt. 11:	Windkraftanlagen – nicht öffentlich
Pkt. 12:	Personalangelegenheiten – nicht öffentlich

Verlauf der Sitzung:

Mit der Begrüßung und Feststellung der Beschlussfähigkeit eröffnet der Vorsitzende Bgm. Josef Reiter die Sitzung des Gemeinderates.

TOP 1: Entscheidungen über Einwendungen gegen die Protokolle der Sitzungen vom 15.03.2023

Der Vorsitzende stellt fest, dass gegen die Protokolle der Sitzung vom 15.03.2023 keine schriftlichen Einwände vorgebracht wurden. Die Protokolle (öffentlich und nicht öffentlich) gelten daher als genehmigt.

TOP 2: Genehmigung Darlehensverträge ABA BA-18 und WVA BA-13

Mit Beschluss vom 15.03.2023 hat der Gemeinderat die Aufnahme der Darlehen für den ABA BA-18 und den WVA BA-13 beschlossen.

Die Raiffeisenlandesbank NÖ-Wien AG hat nun die entsprechenden Verträge vorgelegt.

a) Darlehen ABA BA-18

Die Darlehenshöhe beträgt € 400.000,--. Das Darlehen hat eine Laufzeit von 25 Jahren mit einer Fixverzinsung von 3,51% über die gesamte Laufzeit.

Bgm. Reiter stellt den Antrag den Darlehensvertrag zu beschließen.

Beschluss: Der Antrag wird angenommen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

b) Darlehen WVA BA-13 (Teil 1) – Fixverzinsung

Die Darlehenshöhe beträgt € 700.000,--. Das Darlehen hat eine Laufzeit von 25 Jahren mit einer Fixverzinsung von 3,51% über die gesamte Laufzeit.

Bgm. Reiter stellt den Antrag den Darlehensvertrag zu beschließen.

Beschluss: Der Antrag wird angenommen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

c) Darlehen WVA BA-13 (Teil 2) – variable Verzinsung

Die Darlehenshöhe beträgt € 700.000,--. Das Darlehen hat eine Laufzeit von 25 Jahren mit einer variablen Verzinsung von 0,680%-Punkten Aufschlag auf den 3-Monats-Euribor.

Bei diesem Darlehen können vorzeitige/außerordentliche Tilgungen vorgenommen werden.

Bgm. Reiter stellt den Antrag den Darlehensvertrag zu beschließen.

Beschluss: Der Antrag wird angenommen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

TOP 3: Ansuchen um Gebrauchserlaubnis

Herr Weiß Gerhard möchte auf seinem Gst.Nr. 201, KG Stopfenreuth zur Elektrifizierung der Bewässerung ein Stromkabel verlegen. Zu diesem Zweck muss er ca. 35 m des Gst.Nr. 202/1, KG Stopfenreuth, welches im Eigentum der Gemeinde steht, queren.

Bgm. Reiter stellt den Antrag der Gebrauchserlaubnis zuzustimmen.

Beschluss: Der Antrag wird angenommen.

Abstimmungsergebnis: 16 Stimmen dafür, 1 Stimmenthaltung (A. Ferstl)

TOP 4: Grundstücksangelegenheiten

GGR A. Zabadal und GR M. Zabadal treten wegen Befangenheit vom nächsten Punkt ab.

a) Zabadal Oliver und Sailer Tatjana

Oliver Zabadal und Tatjana Sailer suchen um Kauf des Grundstückes 238/171 (Lisztgasse), 784 m², KG Engelhartstetten an. Gleichzeitig suchen sie um Förderung für Ortsansässige an (€ 40,--/m²).

Bgm. Reiter stellt den Antrag, dem Ansuchen zuzustimmen.

Beschluss: Der Antrag wird angenommen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig.

GGR A. Zabadal und GR M. Zabadal nehmen wieder an der Sitzung teil.

b) Bristela Mathias und Elisabeth

Mathias und Elisabeth Bristela suchen um Kauf des Grundstückes 238/172 (Lisztgasse), 784 m², KG Engelhartstetten an. Gleichzeitig suchen sie um Förderung für Ortsansässige an (€ 40,--/m²).

Bgm. Reiter stellt den Antrag, dem Ansuchen zuzustimmen.

Beschluss: Der Antrag wird angenommen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig.

c) Fasslabend Reinmar und Iris

Reinmar und Iris Fasslabend suchen um Vorrangseinräumung für die Simultan Eintragung einer Hypothek der Start Bausparkasse in der Ziehrergasse 29, KG Engelhartstetten, vor dem für die Gemeinde eingetragenen Pfandrecht in Höhe von € 70.000,-- an.

Bgm. Reiter stellt den Antrag, dem Ansuchen zuzustimmen.

Beschluss: Der Antrag wird angenommen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

d) A. Windisch Betriebs-GmbH

Die Fa. A. Windisch Betriebs-GmbH möchte das Gst.Nr. 320/5, KG Groißenbrunn, kaufen. Für den behördlich genehmigten Recyclingplatz hat die Fa. A. Windisch Betriebs-GmbH ein Gutachten erstellen lassen. In diesem Gutachten wurde ein Wert von € 0,80 pro m² ermittelt. Die Fa. A. Windisch Betriebs-GmbH würde für das Grundstück einen Preis von € 2,-- pro m² bezahlen.

GR G. Ortner stellt den Antrag, das Grundstück nicht zu verkaufen, da in der Bevölkerung der KG Groißenbrunn Bedenken bestehen, dass das Grundstück zu einer Baurestmassendeponie werden könnte (wie Pannonia Breitensee).

GGR A. Zabadal wirft ein, dass es hier nicht um eine Baurestmassendeponie geht, da das Grundstück nicht die erforderliche Widmung dafür hat und eine Umwidmung nur über die Gemeinde erfolgen könnte.

GGR A. Zabadal stellt daher den Gegenantrag das Grundstück an die Fa. A. Windisch Betriebs-GmbH zu verkaufen.

Bgm. Reiter lässt den Antrag von GR G. Ortner, das Grundstück nicht zu verkaufen, abstimmen.

Beschluss: Der Antrag wird angenommen.

Abstimmungsergebnis: 10 Stimmen dafür (J. Reiter, Ch. Palka, S. Aberham, E. Welleschitz, R. Prohaska, R. Schlöger, H. König, L. Sabeditsch, G. Ortner, J. Königslehner), 5 Stimmen dagegen (A. Zabadal, A. Ferstl, M. Proprenter, M. Zabadal, A. Hruschka), 2 Stimmenthaltungen (B. Ponecz, J. Tomek)

Da der erste Antrag bereits mehrstimmig entschieden wurde, ist keine Abstimmung des Gegenantrages notwendig.

TOP 5: Pachtangelegenheiten

Die ARGE Elektrifizierung Feldbrunnen Engelhartstetten 2 errichtet in den KG's Engelhartstetten, Markthof und Stopfenreuth ein Niederspannungskabelnetz zur elektrischen Beregnung von Ackerflächen. Sie benötigt nun für die Aufstellung von Stromverteilerkästen zwei Standplätze mit je 5 m² und zwar auf den Gst.Nr. 653, KG Engelhartstetten und Gst.Nr. 830, KG Markthof.

Als Entschädigung für die Grundinanspruchnahme wird eine Einmalzahlung in Höhe des aktuellen Industriegrundpreises in Höhe von € 23,-- pro m² vorgeschlagen.

Bgm. Reiter stellt den Antrag, der Verpachtung wie oben angeführt zuzustimmen.

Beschluss: Der Antrag wird angenommen.

Abstimmungsergebnis: 16 Stimmen dafür, 1 Stimmenthaltung (A. Ferstl)

TOP 6: k5 ELAK (Elektronischer Akt)

Um die Arbeitsabläufe in der Gemeinde zu automatisieren soll das Programm k5 ELAK (elektronischer Akt) von der Fa. gemdatnoe angeschafft werden. Dieses Programm beinhaltet unter anderem Schnittstellen zu den Programmen der Buchhaltung und des Bauamtes. Zukünftig soll mit diesem Programm auch, soweit wie möglich, der „Papierakt“ ersetzt werden.

Folgende Module sollen angekauft werden:

- Belegverwaltung mit Workflow
- Postverwaltung & Bauakt/Hausakt mit Workflow
- Vertragsverwaltung
- Schlüsselverwaltung

Außerdem muss auch ein Scanner für den Posteingang angeschafft werden.

Das Programm kostet € 22.274,40 (inkl. 20% Mwst.). Die monatlichen Kosten belaufen sich auf € 172,69 (inkl. 20% Mwst.). Das Modul Sitzungsdienst bekommt die Gemeinde kostenlos zur Verfügung gestellt.

Bgm. Reiter stellt den Antrag, das Programm k5 ELAK anzukaufen.

Beschluss: Der Antrag wird angenommen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

TOP 7: Resolution zur Verkehrsentslastung der Region Marchfeld mit klimafreundlichen Verkehrsmitteln

Die Bürgermeister Walter Krutis, Dr. Clemens Nagel, Roman Bobits und LAbg. René Lobner haben eine Resolution zur Verkehrsentslastung der Region Marchfeld mit klimafreundlichen Verkehrsmitteln initiiert (**Beilage A**).

Um der Resolution mehr Wertigkeit und Aufmerksamkeit zu verleihen, soll diese nun von allen Marchfeldgemeinden beschlossen werden.

Bgm. Reiter stellt den Antrag, die vorliegende Resolution betreffend Verkehrsentslastung der Region Marchfeld mit klimafreundlichen Verkehrsmitteln zu unterstützen. Die Resolution soll an die Bundesministerin für Umwelt und Verkehr, den niederösterreichischen Verkehrslandesrat, die ÖBB und an den Verkehrsverbund Ostregion geschickt werden.

Beschluss: Der Antrag wird angenommen.

Abstimmungsergebnis: 16 Stimmen dafür, 1 Stimmenthaltung (J. Tomek)

TOP 8: Subventionen

Der Kinderchor die „halbTÖNE“ besteht mittlerweile aus drei Chören – einem Kinderchor, einem Jugendchor und einem Erwachsenenchor.

Die drei Chöre haben auch ein einheitliches Outfit mit bedruckten T-Shirts. Finanziert wurde dies bisher immer aus eigenen Einnahmen. Da diese während der Pandemie weggefallen sind und seit September 2022 ein großer Zuwachs in allen drei Chören stattgefunden hat, ersucht der Chor um finanzielle Unterstützung.

Bgm. Reiter stellt den Antrag, den Chor mit € 300,-- zu unterstützen

Beschluss: Der Antrag wird angenommen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

TOP 9: Abbruch bestehender Gebäude für den Um- und Zubau der Volksschule - Auftragsvergaben

Für den Um- und Zubau der Volksschule müssen die bestehenden Gebäude auf dem Nachbargrundstück abgerissen werden.

a) Beweissicherung

Im Zuge der Abbrucharbeiten muss auch eine Beweissicherung durchgeführt werden. Dafür liegt ein Angebot der Fa. Dr. PECH Ziviltechnikergesellschaft mbH in Höhe von € 3.480,-- (inkl. 20% Mwst.) vor.

Bgm. Reiter stellt den Antrag das Angebot anzunehmen.

Beschluss: Der Antrag wird angenommen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

b) Demontage des Daches

Das Kupferdach des Wohngebäudes sowie das Blechdach des Carports sollen demontiert werden. Dafür liegt ein Angebot der Fa. Hrdlicka GmbH in Höhe von € 4.843,14 (inkl. 20% Mwst.) vor.

Bgm. Reiter stellt den Antrag das Angebot anzunehmen.

Beschluss: Der Antrag wird angenommen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

c) Abbruch Wohngebäude samt Außenanlagen

Für den tatsächlichen Abbruch liegen zwei Angebote vor:

Fa. A. Windisch Betriebs-GmbH € 115.200,-- (inkl. 20% Mwst.)

Fa. MCS Team OG € 102.240,-- (inkl. 20% Mwst.)

GR A. Hruschka erklärt, dass aus seiner Sicht, als Person die beruflich im Bauwesen tätig ist, die beiden Angebote technisch kaum oder nur schwer vergleichbar sind.

Bgm. Reiter erwidert daraufhin, dass Herr DI Sodl die Gleichwertigkeit der beiden Angebote bestätigt hat.

Bgm. Reiter stellt den Antrag, das Angebot der Fa. MCS Team OG in Höhe von € 102.240,-- (inkl. 20% Mwst.) anzunehmen.

Beschluss: Der Antrag wird angenommen.

Abstimmungsergebnis: 13 Stimmen dafür, 4 Stimmenthaltungen (J. Tomek, A. Hruschka, M. Zabadal, J. Königslehner)

TOP 10: Planungsarbeiten und Örtliche Bauaufsicht Um- und Zubau Volksschule - Auftragsvergaben

a) Diverse Planungsarbeiten

Für die Erweiterung der Volksschule sind noch Planungsarbeiten durchzuführen. Dafür liegt ein Angebot von DI E. Sodl in Höhe von € 127.200,-- (inkl. 20% Mwst.) vor. Das Angebot umfasst die Polier- und Detailplanung, technische, geschäftliche und künstlerische Oberleitung, statische Vorbemessung, Leitplanung für die Haustechnik, Elektro und HKLS-Installationen.

GR A. Hruschka möchte wissen, ob es sich hier um eine Direktvergabe handelt. Nach Bejahung dieser Frage, erklärt er, dass laut Bundesvergabegesetz 2018 und Schwellenwertverordnung 2023 die Obergrenze für Direktvergaben bei € 100.000,-- netto liegt.

Bgm. Reiter unterbricht die Sitzung um 19 Uhr 45 für 10 Minuten um diesen Punkt abzuklären. Nach Rücksprache mit DI Sodl wird das Angebot abgeändert und zwar fallen die technische, geschäftliche und künstlerische Oberleitung weg. Somit reduziert sich das Angebot auf € 74.000,-- netto bzw. € 88.800,-- (inkl. 20% Mwst.). Aufgrund des reduzierten Auftragswertes kann nun eine Vergabe entsprechend des Bundesvergabegesetzes 2018 und der Schwellenwertverordnung 2023 erfolgen.

Bgm. Reiter stellt den Antrag, das reduzierte Angebot in Höhe von € 88.800,-- (inkl. 20% Mwst.) anzunehmen.

Beschluss: Der Antrag wird angenommen.

Abstimmungsergebnis: 15 Stimmen dafür, 2 Stimmenthaltungen (J. Tomek, B. Ponecz)

b) Örtliche Bauaufsicht

Für die Übernahme der Örtlichen Bauaufsicht für die Erweiterung der Volksschule liegt ein Angebot von DI E. Sodl in Höhe von € 141.600,-- (inkl. 20% Mwst.) vor.

Da auch in diesem Punkt der Schwellenwert für Direktvergaben gemäß Bundesvergabegesetz 2018 und der Schwellenwertverordnung 2023 überschritten ist, wird er von der Tagesordnung abgesetzt. Es werden für die örtliche Bauaufsicht weitere Angebote eingeholt.

Nicht öffentliche Sitzung

Die anwesenden Zuhörer verlassen den Veranstaltungssaal.

Nachdem alle Tagesordnungspunkte behandelt worden sind, schließt der Vorsitzende den offiziellen Teil der Sitzung des Gemeinderates um 20.20 Uhr.

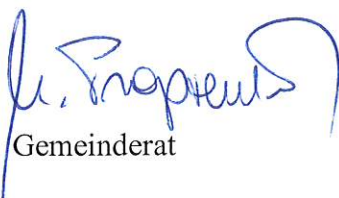
Dieses Sitzungsprotokoll wurde in der Sitzung am 06/06/23 genehmigt.



Bürgermeister



Schriftführer



Gemeinderat



Gemeinderat



Gemeinderat

Resolution

Verkehrsentlastung der Region Marchfeld mit klimafreundlichen Verkehrsmitteln

Empfänger*innen:

- ÖBB
- VOR
- Mobilitäts--Landesrat NÖ
- Bundesministerin für Umwelt- und Verkehr

Ausgangssituation:

Die Region Marchfeld ist vor allem in Wien-Nähe und entlang der Marchegger Ostbahn eine prosperierende Zuzugsregion unter enormem Siedlungsdruck. Die Prognosen für den Bevölkerungswachstum sind deshalb für den Bezirk Gänserndorf die höchsten von ganz Österreich für die kommenden Jahrzehnte (ÖROK Regionalprognosen, Statistik Austria). Die Straßen unserer Region sind für den Pendlerverkehr und für den gewerblich/betrieblichen Verkehr völlig überlastet! Eine weitere Entwicklung der Region, die neben dem Bevölkerungswachstum auch ein Mitwachsen des Arbeitsplatzangebotes (ohne auszupendeln) und der Infrastruktur benötigt, wird dadurch verhindert.

Bisher sind durch die Maßnahmen des Umweltministeriums sämtliche Pläne zur Entlastung des Straßenverkehrs blockiert worden.

Es wurde zeitgleich an keiner Alternative zur Lösung des Problems gearbeitet bzw. kein Ansatz einer alternativen Strategie zur Verkehrsbewältigung in Aussicht gestellt.

Das ist nicht weiter tragbar!

Daher fordern wir, die Gemeinden des Marchfeldes, von den verantwortlichen Politiker*innen folgende Forderungen:

1. Kurzfristig umsetzbare Forderungen:

Die wachsenden Pendlerströme müssen ohne Verzögerung auf die öffentlichen Verkehrsmittel umgelenkt werden!

Der Ausbau der Strecke R81 (Marchegger Ostbahn) schreitet erfreulicherweise rasch und erfolgreich voran. Ab 1. April 2023 wird die Strecke durchgehend 2-gleisig sein bis zum Bahnhof Schönfeld-Lasse, bis zum Sommer folgt die Elektrifizierung. Ab dem Fahrplanwechsel am 10.12.2023 steht die gesamte Strecke bis Marchegg durchgehend 2-gleisig und elektrifiziert für den Personen- und Güterverkehr zur Verfügung. Zu diesem Zeitpunkt ist auch der Systemwechsel vollzogen, d.h. die Strecke ist in ihrem Vollausbau befahrbar.

Wir, die Gemeinden der Region Marchfeld, die unmittelbare Anrainergemeinden bzw. Pendler-Gemeinden über Zubringer-Verkehr zu dieser Strecke sind, fordern daher spätestens mit dem System- und Fahrplanwechsel 2023 eine Ergänzung zum derzeit gültigen Verkehrsdienstleistungsvertrag. Diese Ergänzung soll beinhalten:

- Die Verlängerung der Schnellbahnlinie S80 bis Marchegg.
- Die Einführung eines 30 Minuten-Taktes für die Schnellbahnlinie.
- Prüfung der Möglichkeit, eine Teilstreckeneröffnung bis Schönfeld-Lassee bereits ab Herstellung der Elektrifizierung im Sommer 2023 durchzuführen, um bereits ab diesem Zeitpunkt eine außerplanmäßige Fahrplan-Taktverbesserung zu erwirken.
- Den Erhalt der REX-Züge als zusätzliches Angebot ohne Reduktion der Halte in der Region Marchfeld.

2. Mittelfristig umsetzbare Forderungen:

Ausbau des Radwegenetzes entlang der bestehenden Eisenbahnlinien

Durch einen entsprechenden Ausbau der Begleitwege, was ja zum Teil schon begonnen ist, müssen leistungsstarke (Schnell-)radwege als Verkehrsradswege geschaffen werden.

Die Begleitwege werden ohnehin von den Hilfs- und Rettungskräften dringend benötigt.

Durch eine entsprechende Adaptierung kann hier relativ einfach eine umweltfreundliche Alternative geschaffen werden. Dabei müssen auch neue Brücken (z.B. Rußbachquerung bei Ostbahn- Begleitweg) geschaffen werden.

Die Radfahrer könnten den ganzen Weg bis Wien nutzen oder bei jeder Haltestelle auf öffentliche Verkehrsmittel umsteigen. Durch die Radbrücken zur Slowakei wäre auch die internationale Nutzung möglich.

3. Langfristig umsetzbare Forderungen:

Schaffen eines Eisenbahnringes „Wien Nord/Ost/Süd“ als regionsübergreifende Maßnahme.

Zurzeit planen die ÖBB die Realisierung und Umsetzung der sogenannten „Flughafenspange“, die beginnend vom Flughafen in die Ostbahn Richtung SK/H einmünden soll.

- Durch die platzschonende und umweltfreundliche Schaffung einer Donauquerung in Form einer Eisenbahnbrücke könnte hier eine relativ kostengünstige Anbindung des öffentlichen Streckennetzes des Marchfelds mit der Süd-, Ostregion geschaffen werden.
- Eine Eisenbahnbrücke sollte auch im Hinblick auf den Umweltschutz genehmigungsfähig sein. Der Bau einer Eisenbahnquerung könnte mit geringem Platzaufwand realisiert werden und bis zur Ostbahn auf Höhe Raasdorf in das bestehende Eisenbahnnetz integriert werden.
- Mit der Schaffung entsprechender P&R Anlage und dem damit verbundenen Umstieg für Pendler Richtung Süden, käme es zu einer wesentlichen Entlastung des Straßennetzes.

Initiatoren dieser Resolution

Walter Krutis

Bürgermeister

Raasdorf

Clemens Nagel

Bürgermeister

Leopoldsdorf im Marchfeld

Roman Bobits

Bürgermeister

Lassee

René Lobner

Obmann

Region Marchfeld